

Schwindende Gewissheiten

Das beste Argument gegen die Demokratie
ist ein fünfminütiges Gespräch mit dem Wähler.
(Winston Churchill zugeschrieben)

Die Erzählung

Die Staaten der westlichen Welt (früher Westblock) sind dem Rest der Welt (früher Ostblock) deutlich überlegen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch. Beides hängt mit ihrer rechtlichen Verfasstheit zusammen, anders ausgedrückt, mit dem westlichen Verfassungsstaat demokratischer und rechtsstaatlicher Prägung. Denn zu dessen Verheißungen gehört die Sichtbarmachung des einzelnen Bürgers nicht nur mit Bezug auf die Anerkennung individueller Grund- und Menschenrechte, sondern auch im Hinblick auf die Garantie seiner gesellschaftlichen Selbstorganisation als Demokratie.

Diese wiederum ist bekanntlich weit mehr als die Herrschaft des Volkes. Die berühmte Formel Abraham Lincolns »*Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk*« hat seit 1863 ungezählte Verzweigungen erfahren. Gemeinsam ist aber die Stoßrichtung: Der Staat trägt Verantwortung für seine Bürger. Er stattet sie mit Rechten aus, die in einer Verfassung garantiert werden und an die auch die Staatsgewalt gebunden ist. Das Feindbild ist die Diktatur.

Doch wie schützt sich das Volk vor einem Diktator? Oder anders gefragt: Was ist erforderlich, um staatlichen Machtmissbrauch zu bändigen? Der Einzelne kann sich gegen Willkür und Repression des Staates nicht wehren, sofern nicht der Staat selbst mitzieht. Für diese Quadratur des Kreises hat die politische Philosophie im 17. und 18. Jahrhundert das Setting der Aufklärung entwickelt: *Sapere aude!*

Die Realität folgte dem Gedankenspiel. Im Kontext der Loslösung der Vereinigten Staaten von der britischen Krone sowie der europäischen Revolutions- und Verfassungsbewegungen war der Boden bereitet, den Aufruf zum Vernunftgebrauch nicht nur in politische

Theorie, sondern auch in die Praxis umzusetzen. Der schöne Gedanke von Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen musste zur hässlichen Wirklichkeit absoluter Fürstenherrschaft Stellung beziehen. Die Geschichtsschreibung lehrt: Es klappte. Aufgrund jeweils unterschiedlichen, gut recherchierten Motivlagen ließen sich die gegenläufigen Interessen in der Idee normbasierten Staatshandelns bündeln und in moderne Verfassungen umsetzen.

Das Erfolgskonzept war so einfach wie brilliant. Machtmoderation war gefragt, Machtmoderation wurde geliefert. Gegen die drei Erscheinungsformen staatlichen Handelns – regulieren, administrieren, judizieren – konnte zwar der Einzelne auch weiterhin nicht viel vermelden. Wohl aber ließen sich parlamentarische Gesetzgebung, gesetzestreue Verwaltung und unabhängige Justiz, sofern nur ihre Machtpotentiale gleichgewichtig organisiert waren, selbst an ihre Maximen binden und wechselseitig in Schach halten. Das Ergebnis war der gewaltenteilende, demokratische Rechts- und Verfassungsstaat. Mit ihm hatte man den Stein der Weisen gefunden – *checks and balances for ever*.

Der Realitätsschock

For ever? Natürlich ist es jedermann in der westlichen Idealwelt klar, dass auch ein vorbildlicher Verfassungsstaat existenziellen Gefahren ausgesetzt ist. Zum Beispiel, wenn es einer feindlichen Militärmacht in den Sinn kommt, mit Gewalt über Land und Leute herzufallen. Da gilt es – wiederum mit dem Ziel der Herstellung von Machtgleichgewicht – die Verteidigungsfähigkeit über eine kluge Bündnispolitik zu organisieren. Ob diese Strategie dann zum Erfolg führt, bleibt im Einzelfall abzuwarten. Wie die Erfahrung lehrt, sind die Aussichten durchwachsen.

Hingegen lässt sich jetzt schon sagen, dass es um die Resilienz des Steins der Weisen offenbar nicht so gut bestellt ist. An den USA kann man studieren, wie die Erosion jener idealen Staatsform auch ganz ohne Panzer und Bomben vonstattengeht. Wie der Umbau des gewaltenteilenden föderalen Gemeinwesens in Richtung Autokratie in Windeseile gelingen kann, ohne dass nennenswerte Gegenwehr wirksam wird. Doch warum reicht es, dass ein narzisstischer Leviathan, der den Gesellschaftsvertrag mit einem Deal verwechselt, mit erkennbar eigenen Interessen die USA als »*deep state*« verunglimpft, und die Non-MAGA-Welt dem kaum etwas entgegensetzen hat?

Man könnte versucht sein, das Ganze als amerikanische Episode zu deuten. Ausgelöst durch die rechten Gedankenspiele einer

nationalistisch-konservativen Denkfabrik, umgesetzt durch die Ausnahmeerscheinung eines ökonomisch inspirierten, medienomnipräsenten Entertainers, und angefeuert durch immer bereite politische Karrieristen und eine Handvoll ideologisch volatiler Jungmilliardäre, die das lenkbare Zusammenspiel von Regierung und Wirtschaft als Königsweg in ihre virtuelle Wunschwelt entdeckt haben.

Man könnte allerdings auch mehr darin sehen. Zum Beispiel einen Hinweis darauf, dass der neue amerikanische Weg in überraschend verdichteter Form genau jene Erscheinungen abbildet, die längst auch andernorts beobachtet werden können. In Europa hat sich unter der offen gezeigten Fahne der illiberalen Demokratie ein tolerierter Sonderweg etabliert, der demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Rechtsschutz, Menschenwürde nur noch dann beachtet, wenn sie genehm sind. Und ob Ungarn, Polen, Slowakei, Italien oder die Türkei tatsächlich die einzigen europäischen Kandidaten für autokratisches Politikgebaren sind, kann nicht nur mit Blick auf die Migrationspraxis mit Fug und Recht bezweifelt werden. Auch Europa rückt unverkennbar nach rechts.

Paradigmenwechsel angesagt?

Und der Souverän? Das Volk? Das doch zumindest mittelbar verantwortlich ist für das, was im Staat geschieht? Die Bürger sind schließlich der gedankliche Fokus der verfassungsstaatlichen Garantien. Begrüßen sie am Ende die Machtübernahme durch Autokraten? Oder mobilisieren sie den Widerstand gegen ihre gewählten Vertreter? Verteidigt das Volk die Demokratie? Geht es auf die Straße?

Letzteres schon, aber nicht als »*das Volk*«. Selbst dann nicht, wenn es sich so bezeichnet. Vor dem Hintergrund der Diversifizierung der politischen Präferenzen nehmen zwar viele eine »*Volksmeinung*« für sich in Anspruch, votieren bei ihren demokratischen Auftritten aber doch immer nur für sich und ihre Meinungsgenossen. Das ist vom Mehrheitsprinzip durchaus einkalkuliert. Aber ein durchsetzungsstarker Machtfaktor, gar eine Korrektur des Zugriffs durch den Leviathan erwächst daraus nicht. Dafür fehlt es an einer einheitlichen Zielvorstellung. Welchen Staat will das Volk? Hat es eine Vision oder hat es nur viele Wünsche? Auf welcher Grundlage bildet es sich eine Meinung, an der es seine politischen Optionen ausrichtet?

Die Beantwortung dieser Fragen ist wegen wachsender Unübersichtlichkeit fast unmöglich geworden. Während traditionell die Informations- und Kommunikationsstränge durch Kirche, Schule,

Vereine und Parteien zusammengefasst wurden, müssen diese Taktgeber mittlerweile mit Verschwörungstheorien und alternativen Fakten wettstreiten, ebenso wie Wissenschaft und etablierte Medien, die immer häufiger Opfer von gezielter Delegitimation werden. Auch dann, wenn *fake news* nicht durch notorische Lügner gesetzt werden, sorgen Filterblasen in den sozialen Medien allerorten dafür, dass mehrheitsfähige Informationen kaum noch verfügbar sind. Dieser Zersetzungsprozess hat sicher nicht erst gestern begonnen; seine Auswirkungen sind schleichend. Aber längst ist hier Quantität in Qualität umgeschlagen.

Was heißt das für die Ausgangsfrage nach der Resilienz des modernen westlichen Verfassungsstaates, und was macht das mit der Macht des Volkes als Kristallisationspunkt der Demokratie? Schon die Römer wussten um die exponentielle Wirkung des Teilens von Herrschaft: *Divide et impera!* Diese Weisheit scheint auch dann brauchbar, wenn die Teilung selbst gewählt ist. Anders gewendet: Demokratie, die statt mit einer Phalanx von Demokraten nur mit einer Vielzahl von Individualinteressen die politische Bühne bespielt, hat ihre Schlagkraft verloren und wird zur leichten Beute derjenigen, die an den Hebeln der Macht sitzen.

Bleibt die Frage nach dem Gewinner. Trump, Orban, Fico, Nawrocki, Meloni, Weidel und ihre jeweiligen Zuträger – sie sind sicher die temporären Champions. Sie werden auf der Gewinnerseite bleiben, sofern sie ihre Politik national verbrämen und im übrigen Brot und Spiele versprechen. Da der Bürger den Wohlstandsverlust mehr fürchtet als die Erosion der Demokratie, haben sie erst dann etwas zu befürchten, wenn mangels greifbarer Erfolge der Schwindel bemerkt wird. Solange sich aber die Wähler für sie entscheiden, kann dies im entwickelten Sinne auch demokratisch genannt werden.

REGINA OGOREK